

Evangelische Verantwortung

Umweltschutz zum Nulltarif?

Jochen Borchert

„Der katzen spiel ist der meuse tod“, lautet ein bekanntes Sprichwort Martin Luthers. An dieses Sprichwort erinnert fühlen mußten sich die Landwirte, wenn sie der strittigen Diskussion um die Umsetzung der sogenannten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in Deutschland gefolgt sind.

Was ist die FFH-Richtlinie? Mit dieser Richtlinie verlangt die Europäische Kommission von den EU-Mitgliedstaaten, ein europaweites Netz zum Schutze der biologischen Vielfalt, also von wildlebenden Pflanzen (**Flora**), Tieren (**Fauna**) sowie ihrer natürlichen Lebensräume (**Habitat**), zu errichten. Um dieses Netz aufzubauen, müssen die Mitgliedsländer geeignete Gebiete auswählen und dabei auch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und regionale Anforderungen berücksichtigen. Nach unserem Grundgesetz sind hierfür die Bundesländer zuständig.

Um die FFH-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, hat die Bundesregierung bereits im August 1996 eine Änderung des Bundesnaturschutz-



gesetzes beschlossen. Der Bundestag stimmte zu, der Bundesrat lehnte ab. Auch in dieser wichtigen Frage also setzte der SPD-dominierte Bundesrat auf Blockade statt auf Kooperation.

Nach einem langen Hin und Her hat der Bundestag ein Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes verabschiedet. Zwar wurde damit die FFH-Richtlinie umgesetzt und ein drohendes Zwangsgeld vermieden, eine Ausgleichsregelung für die Landwirte aber enthält dieses Gesetz nicht. Darum hat die Bundesregierung ein Drittes Gesetz eingebracht, das den Ausgleichsan-

spruch festschreibt. Es wurde am 24. April 1998 vom Bundestag beschlossen. Weil das Gesetz weder Verwaltungsverfahren der Länder regelt noch Geldleistungen einfordert, muß diesem Gesetz der Bundesrat nun nicht mehr zustimmen.

Der Streit zwischen Bundesregierung und der Bundesratsmehrheit schwelt nun seit fast zwei Jahren. Worum geht es in diesem Streit? Auf den ersten Blick geht es natürlich ums Geld. Die Frage lautet: Sollen die Bäuerinnen und Bauern die Kosten für einen zusätzlichen, von ihnen zu leistenden Naturschutz selbst tragen, oder gehört es zur Aufgabe der gesamten Gesellschaft, hierfür aufzukommen? Und wenn es die Aufgabe der Gesellschaft ist – ist dann der Bund oder sind die Länder zuständig?

„Gute fachliche Praxis“

Die Koalition und die Bundesregierung vertreten seit Jahren die Auffassung, daß eine **Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes** nur mit einer befriedigenden Ausgleichsregelung für die Land- und Forstwirtschaft denkbar ist. Denn es sind die Landwirte, die die mit dem Gesetz verbundenen, zusätzlichen Bewirtschaftungsaufgaben tragen müssen.

Themen:

Kirche und Markt	4
Diakonie	6/8
Kirchen in Mecklenburg	10

Schon jetzt leisten die Bauern und Forstwirte viel für die Umwelt. Sie pflegen knapp 85 Prozent der gesamten Fläche Deutschlands. Sie pflanzen und erhalten Hecken, Feldgehölze, Raine und Terrassen, die sich günstig für den Boden, das Kleinklima, den Wasserhaushalt und nützliche Kleinlebewesen auswirken. Sie passen ihre Bewirtschaftung den unterschiedlichen Standorten an und verhindern somit Erosion und Verdichtung der Böden. Sie sichern die Bodenfruchtbarkeit, indem Kulturpflanzen dort angebaut werden, wo sie zum Standort passen. Sie berücksichtigen den Nährstoffgehalt im Boden und richten danach die Düngung aus. Sie wenden wassersparende Bewässerungstechniken an, und sie tun noch vieles mehr, um eine ordnungsgemäße Landwirtschaft zu betreiben, die zugleich der Umwelt dient.

Umweltethik im Lehrplan

Ein Novum in Deutschland: Studenten der Ernst-Moritz-Universität in Greifswald, eine der ältesten Hochschulen in Deutschland, können seit dem Wintersemester 1997/98 das Studienfach „Umweltethik“ belegen. Bislang gab es in Deutschland Ethiklehrstühle nur an theologischen Fakultäten.

Alle diese Maßnahmen zusammen bezeichnen die Experten als „gute fachliche Praxis“. Sie ist in einschlägigen Bestimmungen des Agrar- und Umweltrechts, z. B. im Düngemittelrecht, Pflanzenschutzrecht, Naturschutzrecht, Abfallrecht und Wasserhaushaltsrecht, festgeschrieben.

Natürlich gibt es – wie überall – „schwarze Schafe“. Denjenigen aber, die die gesetzlichen Bestimmungen übertreten, drohen teilweise empfindliche Strafen. Dennoch wäre es naiv zu glauben, daß die genannten Bestimmungen alle Umweltsünden verhindern. Christlich-demokratische Politik setzt lieber auf Vertrauen statt auf Kontrolle, und darum müssen wir hinnehmen, daß nicht jedes Fehlverhalten aufgedeckt und mit Strafen geahndet werden kann.

Verstöße gegen die „gute fachliche Praxis“ „lohnen“ sich auch nicht. Denn der

Bauer, der seine Böden und Gewässer verschmutzt, schädigt seine Produktionsfaktoren und damit letztlich sich selbst. Nachhaltig und umweltschonend zu produzieren, liegt also im eigenen Interesse der Landwirte. Den immer sensibleren Umgang mit der Umwelt belegen Zahlen: Der Verbrauch von Stickstoff als Düngemittel ging in den letzten acht Jahren um etwa 30 Prozent, von Phosphat sogar um ca. 48 Prozent zurück. Die Landwirte wissen: Sie sind auf die Natur angewiesen, sie müssen im Einklang mit ihr arbeiten.

Im Einklang mit der Natur arbeiten

Und das tun sie nicht erst seit heute. Über die Jahrhunderte hinweg hat die Landwirtschaft Lebensräume für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt geschaffen. Sie hat dadurch die Artenvielfalt erst ermöglicht, die eine unberührte Natur in unseren Regionen nicht hätte hervorbringen können.

Allerdings können bestimmte erwünschte Umweltwirkungen zusätzliche Auflagen erforderlich machen. Das gilt z. B. für Feuchtbiootope und die in ihnen lebenden Pflanzen und Tiere. Denn sollen die Landwirte Feuchtwiesen erhalten, müssen sie exakte Wasserverhältnisse bewahren, und vor allem dürfen sie die Wiesen erst spät im Jahr mähen. Die dann gewonnene Mahd ist für den Bauern aber weniger wert, als Futter hat sie ihre optimale Qualität längst eingebüßt.

In solchen Fällen, in denen also mit zusätzlichen Umwelteleistungen wirtschaftliche Nachteile für die Landwirtschaft verbunden sind, hat Freiwilligkeit ihre Grenzen. Das gilt ganz besonders angesichts der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation der Landwirte. Der Landwirt ist in erster Linie Unternehmer, der in einem harten, europaweiten Wettbewerb steht und seinen Betrieb unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten führen muß. Er kann aber nicht – wie etwa ein Industrieller oder ein Dienstleistungsunternehmer – seinen Standort verlagern.

In vielen Fällen ist die durch Umweltauflagen verursachte Minderleistung seiner Flächen auch nicht durch Zupacht zu kompensieren, da daraus weitere Kosten entstehen würden. Besondere Umwelteleistungen können nur erbracht

5. Juni: Tag der Umwelt

Der Tag der Umwelt war 1972 bei der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm ins Leben gerufen worden. Er wird seit 1973 am 5. Juni begangen. Das diesjährige Motto lautet: „Moderner Umweltschutz – Zukunftssichere Arbeit“.

werden, wenn sie für den Betrieb auch wirtschaftlich tragbar sind. Ein Verstoß gegen diese Maxime führt irgendwann zur Betriebsaufgabe, und darunter leidet nicht nur der Bauer und seine Familie, sondern am Ende auch die Natur.

Darum verdient alles, was die Landwirte über die „gute fachliche Praxis“ hinaus im Dienste der gesamten Gesellschaft leisten sollen, einen angemessenen, von der Gesellschaft zu finanzierenden Ausgleich. Das ist auch das Ziel der jüngst verabschiedeten Gesetzesnovelle. Und da die Länder für die Ausweisung von Naturschutzgebieten verantwortlich sind, haben sie konsequenterweise auch für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen. Oder kurz: Wer die Musik bestellt, der soll auch zahlen – ein Argument, dem man sich vernünftigerweise nicht entziehen kann.

Schutzwürdiges Recht auf Eigentum

Dabei ist – und das läßt den Streit fast absurd erscheinen – „die Musik“ gar nicht so teuer. Jährlich ist mit einer Größenordnung von etwa 20 Millionen Mark insgesamt zu rechnen, ein vergleichsweise kleiner Betrag. So keimt der Verdacht auf, daß die Kostenfrage vielleicht doch nicht der Stein des Anstoßes ist. Tatsächlich geht es um mehr. Im Kern berührt die Auseinandersetzung um die Novelle Grundsätzliches, nämlich das Verhältnis zwischen dem Naturschutz und dem Schutz des Eigentums. Gerade für die CDU/CSU ist der Schutz des Eigentums ein hohes Gut. Andere politische Richtungen – in der Geschichte wie auch heute – haben ein anderes Verhältnis zu diesem für uns schutzwürdiges Recht auf Eigentum.

„Alle Eigentumsverhältnisse waren einem beständigen geschichtlichen Wechsel

sel, einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen“, heißt es in einer vor 150 Jahren erschienenen Schrift, dem Kommunistischen Manifest. Den Autoren, Marx und Engels, ging es um die Befreiung des „Proletariats vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse“. Darum forderten sie die Beseitigung des bürgerlichen Eigentums.

Die Thesen von damals erinnern an die Argumentationslinien heutiger linker Parteien: Um Naturschutzziele zu erreichen, soll unter dem Deckmantel der Sozialpflichtigkeit das bäuerliche Eigentum ausgehöhlt werden. Das geht für die CDU/CSU entschieden zu weit. Dabei bestreiten weder wir noch die Bäuerin-



Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert im Gespräch mit einem Landwirt und seiner Frau.

nen und Bauern die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Dies wäre auch verfassungswidrig, denn wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt hat, muß der Gesetzgeber „bei der Regelung des Eigentumsinhalts das Wohl der Allgemeinheit beachten und die Befugnisse und Pflichten des Eigentümers am Sozialstaatsprinzip orientieren“.

Zugleich aber muß der Gesetzgeber den „grundlegenden Gehalt der Eigentums-garantie“ wahren. Bei der Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums darf es nicht soweit gehen, daß für den einzelnen kein Recht mehr übrigbleibt, das den Namen Eigentum verdient.

„Mag sachte, was do hilfft“, lautete eine der vielen Lebensregeln Luthers. Angemessen und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu handeln, dies gilt auch für den Staat. Der Gesetzgeber ist darum auch nicht daran gehindert, Ausgleichspflichten für Beschränkungen im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums vorzusehen. Eine Regelung, die die Landwirte zu zusätzlichen Naturschutzleistungen verpflichtet, ohne einen finanziellen Ausgleich bereitzustellen, kann die wirtschaftliche Existenz dieser Landwirte gefährden und geht damit in ihrer Beschränkung der Eigentümerbefugnisse ohne Zweifel zu weit.

Wenn unser oberstes Gericht sagt, daß das Eigentum ebenso wie die Freiheit ein elementares Grundrecht ist und daß das Bekenntnis zu ihm „eine Wertentscheidung des Grundgesetzes von besonderer Bedeutung für den sozialen Rechtsstaat“ ist, dann folgt es der anthropologischen und geschichtlichen Erfahrung von Jahrhunderten. Nun muß man nicht so weit wie der Staatsphilosoph John Locke gehen und behaupten, das hauptsächliche Staatsziel sei die Erhaltung des Eigentums seiner Bürger. Aber zweifelsfrei ist doch, daß das rechtlich gesicherte Privateigentum die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung förderte und den heutigen Wohlstand erst ermöglichte. Zu produzieren, zu sparen und zu investieren lohnt sich nur, wenn das, was der Mensch erwirtschaftet, auch ihm gehört und ihm von niemandem weggenommen werden darf. Das „Streben nach Glück“ hängt nun einmal für die allermeisten Menschen auch mit der Freude am privaten, vermehrbaren und vermehrten Eigentum zusammen.

Menschen den notwendigen Bewegungsraum sichern

Der Staat sollte sich in der Achtung des Eigentums – soweit es geht – an Martin Luther halten: „Was nicht dein ist, das las ligen“. Wir sollten aus Erfahrungen lernen und sie nicht wiederholen. Das Eigentumsprinzip muß allgemein wieder mehr Geltung bekommen. Eine Aushöhlung des Eigentums darf es nicht geben. Die Freiheit des einzelnen, Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen, darf nicht weiter eingeschränkt werden. Auch diese Freiheit gehört zum christli-

chen Verständnis vom Menschen. Nur ein freier und verantwortungsbewußter Mensch wird mit seinem Handeln zum Wohle aller Menschen beitragen können und wollen. Politik hat den Menschen den Bewegungsraum zu sichern, den sie brauchen, um sich in einem demokratischen Gemeinwesen zu entfalten. ■

Die Abbildung auf Seite 1 haben wir dem „Gemeindebrief“ entnommen.

FFH-Richtlinie und Natura 2000:

Mit der FFH-Richtlinie verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten u.a. dazu, ein **zusammenhängendes ökologisches Netz** von Schutzgebieten aufzubauen, das den Namen „Natura 2000“ tragen soll.



Phase 1 (bis Juni 1995):

Jeder EU-Mitgliedstaat wählt die Gebiete aus, die aus seiner Sicht dem Schutz der aufgelisteten Lebensräume sowie Tier- und Pflanzenarten dienen sollen. Die Gebiete wurden der Europäischen Kommission in Form einer **nationalen Liste** mitgeteilt.

Phase 2 (bis Juni 1998):

Die Kommission wählt aus den nationalen Listen die **Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung** aus.

Phase 3 (bis Juni 2004):

In dieser Phase werden von den EU-Mitgliedstaaten die **Maßnahmen** festgelegt, die für Schutz, Pflege und Entwicklung der dort vorkommenden Lebensräume bzw. Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlicher Bedeutung wichtig ist.

Politisch und marktbezogen, weil fromm –

Reflexionen zur Profilierung der kirchlichen Kernkompetenz

Dr. Wilhelm Hüffmeier

Im Nordwesten Brandenburgs, in der Prignitz, liegt zwischen Wittstock und Pritzwalk, nahe der Autobahn Berlin-Hamburg, das Kloster Stift zum Heiligengrab. Seit anderthalb Jahren sucht das Kuratorium für dieses ehemalige Zisterzienserinnen-Kloster und nachmalige evangelische Damenstift eine neue Äbtissin. Gemeinsam mit dem Kuratorium soll sie das Konzept zur geistlichen und kulturellen Nutzung des Klosters fortentwickeln und realisieren. Aus der Abtei sind kürzlich die Friedenshort-Diakonissen von Mutter Eva von Tiele-Winckler ausgezogen. Nun steht diese größte erhaltene Klosteranlage im Norden Deutschlands buchstäblich leer.

In Gesprächen über Profil und Qualität einer evangelischen Äbtissin sagte jemand neulich kurz und bündig: „Sie muß fromm sein und aus ihrer Frömmigkeit heraus leben und wirken, dann werden alle anderen Fragen und Probleme, wie Finanzen, Restaurierung der Abtei und Ausbau des Konvents sich ganz von selber lösen.“

Hingabe – woran?

Diese kleine Episode scheint mir ein Gleichnis für den **Zustand unserer Kirche** insgesamt. Wir haben es leider häufig mit leeren und sich leerenden kirchlichen Gebäuden, Gotteshäusern und Gemeindezentren zu tun. Das ist im Osten Deutschlands offensichtlicher als im Westen. In der riesigen Ostberliner Zionsgemeinde, wo einst Bonhoeffer Konfirmanden unterrichtete, kommen heute ca. 20 - 25 Menschen allsonntäglich zum Gottesdienst. An anderen Orten – im Osten wie im Westen – ist der Gottesdienstbesuch selbst an hohen kirchlichen Feiertagen noch schwächer. Andererseits melden sich alljährlich ca.



Wilhelm Hüffmeier: Was ist Frömmigkeit im christlichen Sinne?

100.000 Jugendliche allein in Ostdeutschland zur Jugendweihe an.

Doch was ist Frömmigkeit im christlichen Sinne? Ich denke an die berühmten Zeilen aus Goethes „Marienbader Elegie“ von 1823. „Fromm sein“ heißt dort, „sich einem Höhern, Reinern, Unbekanntem aus Dankbarkeit freiwillig hinzugeben“. Nicht Durchschauende, vielmehr Durchdrungene brauche die deutsche Wirtschaft, war kürzlich in einem Zeitungskommentar zur Lage der deutschen Unternehmen zu lesen. Die Kirche braucht sie erst recht. Sicher, wir wissen von Formen der Hingabe an Ideen und Führungsgestalten, die einzelne Personen und ganze Völker ins Verderben geführt haben. Doch die Konsequenz daraus lautet nicht Skepsis, Distanz und Sich-nicht-mehr-engagieren. Der Mißbrauch hebt den rechten Brauch nicht auf, sondern bestärkt ihn. Der Mißbrauch von Hingabe nötigt zur Frage: Hingabe – woran? An eine Wahrheit sich hingeben, die frei macht – das ist das Angebot des Glaubens. Es hält Prüfungen aus.

Kürzlich erschien die von Konrad Weiß verfaßte Biographie Lothar Kreyssigs, dem Streiter wider die nationalsozialistischen Euthanasiemorde und Gründer der Aktion Sühnezeichen. Kreyssig wurde erst als knapp 30jähriger bekennender Christ. Seine Zeit davor nannte er „vorgeburtliche Existenz“, und was danach folgte, „Leben aus dem Wort“. Ein Leben, das politisch wurde, indem er die Grundvollzüge evangelischer Frömmigkeit, nämlich tägliche Bibellese, Gottesdienstbesuch, Gebet und Hinwendung zum Nächsten praktizierte. Ein von Gottes Wort Durchdrungener – in der Familie und im Beruf.

Gottesfurcht und Frömmigkeit

Von Gott durchdrungen sein, das heißt ihn über alle Dinge fürchten. Die Kategorie der **Gottesfurcht** ist ähnlich wie der Begriff „**Frömmigkeit**“ dem kirchlichen Sprachgebrauch aus verschiedenen Gründen abhanden gekommen. Es lohnt sich aber, auch die Rede von der Furcht Gottes wieder zu gewinnen. Sie ist geradezu ein theologisches Integral. Vor allen Dingen kann man am Inhalt dieses Begriffs die politische Dimension der christlichen Frömmigkeit sehr schön verdeutlichen.

Das biblische Motiv der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 lautet: „Fürchtet Gott, ehret den König“ (1. Petr 2, 17). Der Text hat ein alttestamentliches Vorbild in den Sprüchen Salomos 24, 21. Dort heißt es: „Mein Sohn, fürchte den Herrn und den König“. Die neutestamentliche Veränderung, wonach Gott allein zu fürchten, der König (der Staat) indessen nur zu ehren ist, signalisiert die Unterscheidung zwischen Staat und Kirche. Sie hat einen kritisch-abgrenzenden und einen positiv-aufwertenden Sinn im Blick auf die Politik.

Wenn jemanden fürchten soviel bedeutet wie: von ihm die Aufhebung der eigenen Existenz erwarten, dann geht es darin um Sein und Nichtsein. Darüber, so sagt die Kategorie der Gottesfurcht, entscheidet allein Gott. In diesem Bereich hat der Staat nichts zu suchen. Das hat Konsequenzen bis zur Ablehnung der Todesstrafe. Gottesfurcht bis in die Tiefen menschlichen Allmachts-

wahns konnte sich auch in der Haltung zu den Euthanasie-Morden im 3. Reich bewähren.

In seinem Brief an den Reichsjustizminister Franz Gürtner zu den Euthanasie-morden im österreichischen Hartheim – Konrad Weiß hat diesen Brief „ein Dokument tapfersten Widerstands genannt“ – argumentiert Lothar Kreyszig im Jahr 1940 genau aus der Mitte der Gottesfurcht: „Die Frage nach dem Sinn solchen Lebens rühret an die tiefsten Daseinsfragen überhaupt. Sie führt unmittelbar auf die Frage nach Gott ... Leben ist ein Geheimnis Gottes ... Es ist darum eine ungeheuerliche Empörung und Anmaßung des Menschen, Leben beenden zu dürfen, weil er mit seiner beschränkten Vernunft es nicht oder nicht mehr als sinnvoll begreift.“

Politik – ein menschliches Geschäft

Neben der kritisch-abgrenzenden Pointe eignet der Unterscheidung von Gottesfurcht und Ehrung des Königs ein die **politische Verantwortung** aufwertender und auszeichnender Sinn. Was ich ehren soll, hat eine bestimmte Würde. In der Funktion, „für Recht und Frieden zu sorgen“, und zwar nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens“ (Barmen V), ist der Staat zu ehren. Die zur Zeit wieder modisch werdende Staatsfeindschaft (s. Jan Roß, Die neuen Staatsfeinde) kann grundsätzlich nicht Sache des christlichen Glaubens sein. Im Gegenteil, der Glaube dankt Gott „für die Wohltat dieser seiner Anordnung“ (Barmen V). Gleichwohl ehrt der Glaube den Staat, die Politik als ein von Gott und der Kirche unterschiedenes, als ein menschliches Werk.

Es war deshalb im Sinne christlicher Gottesfurcht sachgemäß, als bei der Verleihung des neu gestifteten Dietrich-Bonhoeffer-Preises an die Arbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ ein Dreifaches ausgesprochen wurde:

1. Das Ja zum Kirchenasyl als ein Notbehelf innerhalb des Staates, in dem Menschen für Recht und Frieden sorgen, die nicht davon gefeit sind zu irren;
2. die Kritik an der einschränkenden Asylgesetzgebung und den beabsichtigten Änderungen der Asylbewerber-

unterstützung der Bundesrepublik Deutschland; und

3. das Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat.

Hans Koschnick sagte zur Praxis der Gerichte mit Recht: „Auch wenn man ihre Entscheidung für falsch hält, sind sie nicht unbegründet. Wir leben nicht in dem Willkürstaat wie vor 60 Jahren.“ Die Haltung des Glaubens hinsichtlich der Politik besteht also aus dem grundsätzlichen Ja zum Rechtsstaat, der möglichen Kritik an einzelnen politischen Entscheidungen und der diese Kritik begleitenden tätigen Hilfe der Kirche für Menschen, deren Leben bedroht erscheint.

Ära der religiösen Konkurrenz

Diese drei Elemente gelten auch für die Bezüge der christlichen Frömmigkeit zum Markt. Wenn in der Kirche heute von **Markt** geredet wird, so geschieht das in einem weiteren und einem engeren Sinn. Markt steht metaphorisch für die **Vielfalt** ideologischer, weltanschaulicher und **religiöser Angebote**, unter und zwischen denen die christliche Botschaft sich bewähren und behaupten muß. Das Christentum ist aus dem Zeitalter der religiösen Vorherrschaft in Europa und auch in Deutschland in die Ära der weltanschaulichen und religiösen Konkurrenz eingetreten. Das ist nicht nur ein Nachteil. Es kann einer behäbigen Kirche auch Beine machen, für ihre Botschaft hingebungsvoller zu werben.

Markt meint im weiteren Sinn die Wirtschaftsform der freien Marktwirtschaft. Beide Bedeutungen können sich überschneiden in der These: Alles ist Markt, und der Markt ist alles. Einer Alleinherrschaft des Marktes muß der christliche Glaube widersprechen, weil er Feind jeglichen Totalitätsanspruchs ist (vgl. die 5. Barmer These). Im August 1997 meinten einige Teilnehmer der Tagung des Reformierten Weltbundes in Debrecen, im Blick auf den Zustand der Weltwirtschaft den status confessionis ausrufen zu müssen – in Analogie zum Widerstand gegen den theologisch legitimierte Rassismus in Südafrika. Doch die Kernkompetenz des Glaubens ruft auf zu Differenzierungen im Sinn jener drei Elemente.

Nach dem Maß menschlicher Einsicht ist der **freie Markt im demokratischen Staat** ein besser geeignetes Mittel wirtschaftlichen Handelns als die sozialistische Planwirtschaft. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts bis hin zur gegenwärtigen Situation in Nordkorea führt uns das schlagend vor Augen. Doch ohne politische Rahmenbedingungen und ohne staatlichen Ausgleich sozialer Härten (man spricht heute vom sozialen statt vom ökonomischen Interventionismus) kann der Markt zum Tyrannen der Gesellschaft werden. Es gilt also hier ebenso: Das Ja zum Markt muß einhergehen können mit der Kritik seiner Mängel und der Erinnerung der Verantwortung des Staates, auch im Blick auf die gesellschaftlichen Folgen des Marktes „für Recht und Frieden zu sorgen“. Diese Erinnerung nötigt zugleich die Kirche, mit ihren Mitteln denen zu helfen, die ohne Stimme, ohne Einflußmöglichkeiten sind oder durch alle Netze sozialer Sicherungen fallen.

Oasen der Stille

Die in der Politik und auf dem Markt Tätigen und von diesen Bereichen Betroffenen brauchen Oasen der Stille, der Entspannung und der Unterbrechung. Auf solche Entspannung zielt die Botschaft von der freien Gnade Gottes, die auszurichten an alles Volk der Kirche aufgetragen ist. Sie ist Zuspruch für Mühselige und Beladene, Fürbitte für Verantwortende und Leidende, Trost für Angefochtene und Betrübte. Dabei schöpft sie aus den reichen Mitteln der Gnade des dreieinigen Gottes. Siebenfach sind nach der mittelalterlichen Theologie die Tröstungen Gottes: die Freude an seinem Wort, die Freude, der Schlaf, das Bad, die Tränen, die Wahrheit und das Gebet. **Christliche Frömmigkeit** in diesem Sinn könnte für Politik und Markt eben die Rolle spielen, die ihr bei der Erneuerung des evangelischen Klosters in Heiligengrabe zugeschrieben worden ist. ■

Anm.:

Präsident Dr. Wilhelm Hüffmeier ist Leiter der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union (EKU) in Berlin.

„Stark für andere“ – 150 Jahre Diakonie

Dr. Reinhard Witschke

„Der Mensch denkt und Gott lenkt.“ Diese Erfahrung trifft auch für die Gründung der organisierten Diakonie, der Inneren Mission, im Jahre 1848 zu. 500 Prominente aus dem öffentlichen und kirchlichen Leben waren vom 21. bis 25. September 1848 in Wittenberg zu einem Kirchentag zusammengekommen. Die Gründung eines evangelischen Kirchenbundes in Deutschland sollte beschlossen werden.

Eine Einladung hatte auch der 40jährige Kandidat der Theologie, **Johann Hinrich Wichern**, aus Hamburg – Gründer des „Rauhen Haus“ – erhalten. Wichern hatte junge verwahrloste Kinder und Jugendliche aus den verelendeten sozialen Brennpunkten seiner Vaterstadt herausgeholt. In familienartigen Einrichtungen lebten sie unter der Anleitung eines Hauselternpaares. Wichern hatte sich eine detaillierte Kenntnis der sozialen Lage seiner Vaterstadt und seiner Zeit verschafft. Von seinem berühmt gewordenen Redebeitrag auf dem Kirchentag sind besonders die Worte in Erinnerung geblieben:

Im Geiste einer freien christlichen Gemeinschaft wirken

„Meine Freunde, es tut eines Not, daß die Evangelische Kirche in ihrer Ganzheit erkenne: Die Arbeit der Inneren Mission ist mein, daß sie ein großes Siegel auf die Arbeit setze: Die Liebe gehört mir wie der Glaube. Die rettende Liebe muß ihr das große Werkzeug, womit sie die Tatsache des Glaubens erweitert, werden, ... Wie der ganze Christus im lebendigen Gottesworte sich offenbart, so muß er auch in den Gottestaten sich predigen, und die höchste, reinste, kirchlichste dieser Taten ist die rettende Liebe.“

Am Ende seiner Rede rief Wichern dazu auf, einen Ausschuß für die Innere Missi-



Johann Hinrich Wichern

on zu gründen. Dieser „kann nicht anders als in dem Geiste einer freien christlichen Gemeinschaft wirken“. Am Abend des 23. September 1848 schreibt Wichern an seine Frau: „Damit hat Gott ein Werk getan, wie es in seiner Evangelischen Kirche noch nicht geschehen ist. Die protestantische Kirche wird damit, was sie in diesem Geiste noch nicht gewesen ist, eine wahrhafte Volkskirche. In dieser Tatsache wird das Dogma vom allgemeinen Priestertum zum erstenmal ... zu einer von der Kirche bestätigten Wahrheit ... Es ist eine Einigung Deutschlands im Glauben, wie sie sich im politischen Handeln noch nicht ergeben will.“

Die Sätze lassen erkennen, wie sehr Johann Hinrich Wichern auf dem Hintergrund seiner kirchlichen und politischen Zeit zu verstehen ist. Wichern bekämpfte den Kommunismus auf der einen, den intellektuellen Atheismus auf der anderen Seite. Der Liberalismus, die Nationalversammlung und die Reichsverfassung stellten für ihn ebenfalls ein Feindbild dar.

Wichern, der nach seinem Studium der Theologie in Berlin eine Schrift über

„Hamburgs geheimes Volksleben“ – wie Engels über die arbeitenden Klassen in England – herausgegeben hatte, übernahm 1832 die Stelle eines Oberlehrers an der Sonntagsschule von St. Georg. Die Praxis, in die er hier eintrat, ist geistlich vom englischen Baptismus geprägt. „Rettung“, geistliche und soziale Integration in eine mitarbeitende Gemeinde erwarteten den jungen „Reichsgottesarbeiter“. Der Kampf des Reiches Gottes mit dem Reich des Satans wurde auch sein theologisches Anliegen. Hier hatte ihn Augustins Lehre vom Staate Gottes geprägt. Diese Sicht befreite ihn von allem Provinziellen, andererseits hemmte ihn das augustinish gefärbte Geschichtsverständnis bei einer sachgerechten Analyse des Säkularismus und seiner Erscheinungsformen. Es war kurzschlüssig, die Säkularisation mit einer totalen Feindschaft und einer Absage an die christlichen Werte gleichzusetzen. In der wilden Agitation eines kämpferischen Atheismus in den Handwerker- und Arbeiterkreisen sah er die konsequente Fortsetzung der Aufklärung.

Bildung von Wohltätigkeitsvereinen

Im Winterhalbjahr 1848/1849 faßte Wichern seine Überlegungen in einer **Denkschrift** zusammen, die an die Deutsche Nation im Auftrag des **Centralausschusses für die Innere Mission** gerichtet war. Für Wichern selbst waren Tatsachen, Zahlen und Namen bestimmend. Er regte darum an, daß für den Centralausschuß „Agenten“ eingestellt werden sollten. Sie sollten durch Berichte dem Centralausschuß einen kenntnisreichen Überblick über die soziale Lage in Deutschland vermitteln. Öffentlichkeitsarbeit in Form der Beeinflussung der christlichen Zeitschriften und der politischen Presse, die Gründung von Vereinen für Innere Mission sollten die Agenten, die vom Centralausschuß angestellt waren, betreiben. Innere Mission sollte zu einer Gemeindegemeinschaft gemacht werden.

Wichern hat die damals gesetzlich erleichterten Möglichkeiten zur Bildung von freien Vereinigungen (Assoziationen) im Interesse der Inneren Mission begrüßt. Zahlreiche **Wohltätigkeitsvereine** bildeten sich. Sie schufen die rechtliche Basis für die Gründung und Errichtung von „Rettungshäusern“ oder Herbergen zur Heimat für Handwerksburschen.

Wichern erkannte, daß die Personen der unteren Klassen, die der Hilfe bedurften, jenen Verbindungen, die ihnen Hilfe bringen, doch kritisch gegenüberstanden. Darum sollte es zur Bildung der Assoziationen der Hilfsbedürftigen selbst kommen. Wichern hat mit dieser Anregung die **Selbsthilfebewegung** als einen Teil der Inneren Mission definiert. Diakonie als soziale Bewegung folgt darum Wicherns Ansatz bis heute.

Dieses **Verständnis von Diakonie als einer sozialen Bewegung** liegt auch dem Leitbild zugrunde, das die Diakonische Konferenz und der Diakonische Rat im Herbst 1997 verabschiedet haben. Es besteht aus Leitsätzen, denen jeweils erläuternde Ausführungen zugeordnet sind.

Selbstverpflichtung und Ausdruck des Vertrauens

Mit diesem Leitbild bekundet die Diakonie in Deutschland ihr Selbstverständnis. Dieses **Leitbild** stellt Selbstverpflichtung und Ausdruck des Vertrauens dar, daß Diakonie aus lebendiger Tradition innovativ sich den gegenwärtigen Herausforderungen zuwenden kann.

„Wir haben damit Sozialgeschichte gestaltet. Diese Erfahrung nutzen wir, um in einer sich verändernden Welt wirksam zu helfen ...“

„Diakonie ist deshalb von jeher verknüpft mit der Sozialgeschichte am Ort und den Initiativen einzelner Persönlichkeiten ...“

„Der Kirchentag in Wittenberg 1848 war Auslöser, diese Initiativen in einem Dachverband der Inneren Mission zusammenzufassen.“

Orientierung am Gemeinwohl

Mit diesen Sätzen stellt das Leitbild seinen geschichtlichen Zusammenhang mit Wichern dar, dieser einzigartigen Persönlichkeit im deutschen Protestantismus des 19. Jahrhunderts, dem Reformator der Liebe und der Tat.

Diakonie will Dienstleistung und Anwaltschaft, Hilfeleistung und Option für die Armen bewußt als Einheit gestalten. „Gemeinsam treten wir für eine men-

schenwürdige Gesetzgebung, chancengerechte Gesellschaft und eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl ein.“ Die Perspektive der Hoffnung auf das Reich Gottes bringt der Satz zum Ausdruck: „Gerade in Zeiten des Umbruchs halten wir an der Verheißung von Frieden und Gerechtigkeit fest.“

Die Familien stärken

„Die Teilhabe aller am Leben der Gesellschaft ist unser Ziel. Dieses Ziel erfordert den Einsatz für die Integration Ausgegrenzter, Armer und Schwacher in die Gesellschaft – insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ Vielfältige Initiativen wissen sich diesem Ziel der Integration verpflichtet.

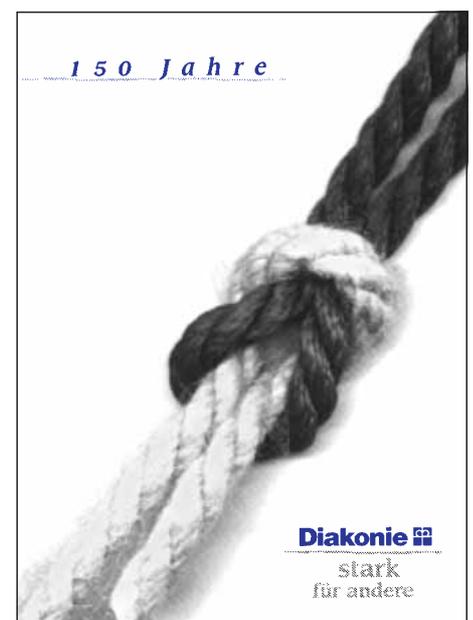
Wichern hat im „Rauhen Haus“ Kinder und Jugendliche aufgenommen, die in den Elendsvierteln Hamburgs aufwuchsen. Im Sinne seines Engagements für Kinder und Jugendliche sei im Jubiläumsjahr der Diakonie auf die **Lage der Kinder** in Deutschland hingewiesen, die in Armut leben. Rund 500.000 Kinder und Jugendliche sind obdachlos. Über 21% der Kinder wachsen ohne Ausbildung und Beschäftigung heran. 20% werden nur noch von einem Elternteil erzogen. Verdeckte Armut herrscht vor allem bei kinderreichen Familien und bei Ausländern vor. Es läßt sich eine Polarisierungstendenz zwischen Familien mit drei und mehr Kindern und einer wachsenden Anzahl Kinderloser beobachten. Hier wird eine neue Form sozialer Ungleichheit erkennbar. Kinder sind mehr als bisher als besonderes wichtiges „öffentliches Gut“ für die Gesellschaft anzusehen. Sozialpolitik muß darum nicht nur im Blick auf zwei, sondern drei Generationen im Zusammenhang entwickelt werden.

Der Generationenvertrag muß erhalten werden, der die Renten der nicht mehr arbeitenden Bevölkerung erwirtschaftet. Die Regenerationsfunktion der Familie fordert besondere Aufmerksamkeit. Neue Formen der sozialpädagogischen **Familienhilfe** stärken die in den Familien vorhandenen Kräfte, die für die Erziehung der auffällig gewordenen Kinder genutzt werden können. Übergänge zwischen der stationären Jugendhilfe in den klassischen Heimerziehungsformen werden von Begleitung und Betreuung

in Tagesstätten, zeitlich befristeten Aufnahmen von Familien in Einrichtungen der Jugendhilfe weiter geführt.

Die Diakonie wird in Zukunft mehr als in der Vergangenheit in solchen Kooperationen tätig werden. Einer völligen Ökonomisierung des Sozialen, bei der Hilfe nur noch vom Budget her als Leistung ermöglicht und nicht vom Bedarfsanspruch auf Hilfe her praktiziert wird, wird Diakonie den Rechtsanspruch auf Hilfe vertreten. Diakonie wird besonders ihre **Stimme für Menschen mit Behinderungen** und alte pflegebedürftige Menschen erheben. Für Ausgegrenzte wird sie als Dolmetscher des Bedarfs tätig werden.

Diakonie als soziale Bewegung verbündet sich mit den Kräften, die aus bürgerschaftlichem Engagement, aus Nächstenliebe, freiwilliger Tätigkeit im Alter, im Netzwerk eines Stadtteils eine neue Kultur des Helfens und der Selbsthilfe aufbauen. Die Zukunft wird zutage fördern, ob die Bereitschaft zum Helfen als unverzichtbarer Bürgersinn Wunschtraum einer entsolidarisierten Sozialpolitik ist, oder ob eine Erkenntnis in der Gesellschaft erwacht, die die Sorge um das Gemeinwohl selbst als einen eigenständigen Wert unseres Lebens versteht.



Die Öffnung der Altenheime als Zentren des Lebens im Alter und der Krankenhäuser als Zentren der Gesundheit wird sie entschieden vorantreiben. Die **Einbettung in die lokale Gemeinschaft**,

den Stadtteil, die Kirchengemeinde, wird sie nachhaltig **betreiben**. Netzwerke im Lebens- und Sozialraum, Operation mit anderen Trägern wird die Diakonie im Wettbewerb auf dem Markt des sozialen Anbieters stärken. Sie wird sich als „dritter Sektor zwischen Staat und Gesellschaft“ im Sinne des sozialen Rechtsstaates für einen gerechten Ausgleich der Interessen und erträglicher Lebensbedingungen für Notleidende und Hilfesuchende einsetzen.

Sie wird auf lokaler Ebene unter neuen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in der Form des Kontraktmanagements ihre Dienste ausrichten. Leistungs-, Vergütungs- und Qualitätsversicherungsverträge werden zwischen kommunalen Behörden und den sozialen Diensten der Freien Wohlfahrtspflege abgeschlossen. Sie wird im Verbund der Freien Wohlfahrtspflege einer ausgrenzenden Sozialpolitik ein an sozialer Gerechtigkeit und bürgerschaftlicher Beteiligung orientiertes Wertesystem entgegensetzen.

Bekämpfung von Armut

Neben den regionalen und nationalen Vorgaben wird Diakonie die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in der **Europäischen Union** als gemeinsamen Auftrag fordern. Sie plädiert für einen weltweiten Ansatz, wenn es darum geht, Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Sie unterstützt die internationalen Hilfeformen der Zusammenarbeit zugunsten einer ökologisch verträglichen Entwicklung der armen Länder, zum Beispiel **BROT FÜR DIE WELT** mit dem Motto „Gott behüte, Mensch bewahre.“

Sie wird dies alles in der **Einheit von Gebet und Controlling** als Sozialpolitik aus der Stille praktizieren. Die Arbeit der Diakonie ist in der Gewißheit gegründet, daß dem Tun das Hören auf das Wort Gottes, dem Helfen das Empfangen und dem Annehmen des anderen die eigene Annahme durch Gott – gerade auch in der Bruchstückhaftigkeit des eigenen Lebens – vorangeht. ■

Anm.:

Dr. Reinhard Witschke ist Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland.

„... und handelt in der Liebe“

Kirchentag der Diakonie in der Lutherstadt Wittenberg

Dr. Wolfgang Böhmer/M. Zentner

Mit einer aufrüttelnden Rede forderte **Johann Hinrich Wichern** auf dem ersten Kirchentag in Wittenberg am 22. September 1848 die Kirche dazu auf, ihre Verantwortung gegenüber den Menschen wahrzunehmen, den Schwachen mit Wort und Tat zu helfen und ihnen in einer von sozialen und politischen Umbrüchen geprägten Zeit geistliche Orientierung zu geben. Wicherns Rede gab den Anstoß zur Gründung des **Central-Ausschusses der Inneren Mission** in der evangelischen Kirche, der Vorläuferin der Diakonie, wie wir sie heute kennen.

Vom 25.-27. 9. 1998 findet nun in der Lutherstadt Wittenberg der **Kirchentag der Diakonie** statt. Mit diesem Ereignis werden gleich zwei institutionalisierte Traditionen miteinander verbunden. Zum einen wird die **Tradition der Regionalkirchentage** der DDR fortgesetzt. Die Kirchentage in neuerer Zeit haben sich zu einer bedeutenden Laienbewegung entwickelt, von der wichtige Impulse in unsere Gesellschaft ausgehen. Zum anderen gilt es gleichzeitig, ein Jubiläum zu feiern.

Der Kirchentag der Diakonie will deshalb eine besondere Veranstaltung unter vielen sein, die das 150jährige Bestehen der Diakonie zum Anlaß nehmen, zu feiern und nachzudenken, einander zu begegnen und Erfahrungen zu sammeln, zu resümieren und in die Zukunft zu schauen.

Ermunterung für die Aktiven

Zu diesen drei Feiertagen unter dem Motto „... und handelt in der Liebe“, das leicht verändert die Jahreslosung aufnimmt, laden der Landesausschuß des Deutschen Evangelischen Kirchentages in der Kirchenprovinz Sachsen und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland gemeinsam ein.

Die Einladung gilt allen, die sich für das Thema Diakonie und soziale Verantwortung (nicht nur der Kirchen) interessieren, die gemeinsam über brennende Fragen des Alltags miteinander ins Gespräch kommen wollen und die einfach Lust auf Feiern haben. Sie gilt Familien, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ebenso wie Behinderten und Gesunden, Mitarbeitern der Diakonie und der Kirche ferner Stehenden. Es sind die verschiedensten Programmpunkte für all diese unterschiedlichen Gäste geplant – wir wollen trotzdem auch gemeinsam feiern. Gleichzeitig soll dieses gemeinsame Feiern auch eine besondere Art der Ermunterung für diejenigen sein, die tagtäglich aktiv in der Diakonie tätig sind. Und schließlich soll der Kirchentag der Diakonie auch die Gelegenheit bieten, das missionarische Element eines Kirchentages mit den Erfahrungen der tätigen Diakonie zu verbinden.

Ein wesentliches Anliegen der Veranstalter ist es, diejenigen in die Veranstaltungsangebote einzubinden, die mit ihrer praktischen Arbeit und eigenem Handeln das Motto des Kirchentages täglich bezeugen. Sowohl in der Kirche als auch in der Diakonie fällt die menschliche Begabung, fesselnd über ein Thema sprechen zu können, nicht immer der Fähigkeit zusammen, dies auch selbst zu tun. Deshalb sollen diese unterschiedlichen Talente in unterschiedlichen Angeboten sich darstellen können.

Um all diese Ziele auch zur Umsetzung bringen zu können, begannen die Vorbereitungen für den Kirchentag der Diakonie schon im Jahre 1996. In zahlreichen Gremien und Arbeitsgruppen wurden und werden die inhaltlichen und organisatorischen Fragen diskutiert und geplant. Zum 1. 1. 1998 wurde in Wittenberg die Geschäftsstelle Kirchentag der Diakonie eingerichtet, die die konkreten organisatorischen Aufgaben betreut.

Viele tausend Einladungen zum Kirchentag der Diakonie wurden in den letzten Monaten verschickt, sowohl zur Teilnahme als Gast als auch zur aktiven Mitwirkung. So werden sich während des Kirchentages ca. **200 Initiativen** aus Diakonie und Kirche **präsentieren**. Unter den Stichworten „Die neuen Nöte und unsere Antwort“, „Diakonie innovativ“, „Zusammenleben von Menschen mit Behinderungen“, „Eine Welt“, „Arbeit mit und zwischen den Generationen“ und „Glaub-Würdig-Leben“ wird sichtbar werden, in wie vielen unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft die Diakonie und andere kirchliche Initiativen das Gebot der tätigen Nächstenliebe umzusetzen versuchen.

Die Wittenberger und die Bewohner des Landkreises wurden eingeladen, kostenlose Privatquartiere zur Verfügung zu stellen, da es sich „im Stehen halt schlecht schläft“. Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und des Landrates ermöglicht diese Quartieraktion eine ganz **besondere Art der Begegnung** und Bereicherung, denn „Gastfreundschaft bringt Freu(n)de“. Darüber hinaus bietet der Kirchentag für die Stadt und die Region auch die Möglichkeit, sich ihren Gästen mit all ihren Eigen- und Besonderheiten vorzustellen. Eingeladen wird ja nach **Wittenberg**, von wo im 16. Jahrhundert einmal ein umwälzender und nicht zuletzt auch **sozialer Impuls in dieses Land und in die Welt** ausging. Zeugen dieser Zeit sind allerorts zu sehen. Vor allem die seit kurzem in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommene Lutherhalle und das Melancthonhaus, die Stadt- und die Schloßkirche legen beredtes Zeugnis davon ab, daß Wittenberg zum Sinnbild von Veränderung und Modernität geworden ist. Dieser Reformcharakter hat sich in der Rede Johann Hinrich Wicherns fortgesetzt und soll auch während des Kirchentages der Diakonie seinen Niederschlag finden.

‘Abend der Begegnung’

Die Planungen für den Kirchentag der Diakonie haben schon seit einiger Zeit sehr konkrete Formen angenommen. Nach den Eröffnungsgottesdiensten am Freitagabend an mehreren zentralen Orten laden die Veranstalter zum ‘Abend der Begegnung’ ein. Bei Musik und Infor-

mationen, Ausstellungen, kurzen Theater- und Tanzaufführungen, Essen und Trinken haben die Teilnehmer des Kirchentages die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen und zusammen zu feiern. Dieser Abend will von seiner Planung her ganz bewußt Wittenberg und die Region einbeziehen. Unter dem Motto „Die Region stellt sich vor“ präsentieren sich die Wittenberger Diakoni-



Zeugen der Reformations-Zeit sind in Wittenberg überall zu sehen.

schen Einrichtungen, Gemeinden, Kulturschaffenden, Initiativen, Vereine, Gastronomen u.v.m. Selbstverständlich sind auch schon an diesem Abend die vielen überregionalen Initiativen aus Gemeinde und Diakonie, die sich für die Ausgestaltung des Kirchentages angemeldet haben, präsent. Der Abend schließt mit einem Segen auf dem Marktplatz.

Thematische Arbeit

Der Sonnabend beginnt mit neun Bibelarbeiten, an die sich die thematischen Arbeitsgruppen anschließen. Für diese Themenarbeit steht in neun Arbeitsgruppencentren die Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr zur Verfügung. Neben den geistlichen Zentren des Kirchentages, den Gottesdiensten, Andachten und Bibelarbeiten findet die religiöse Dimension des sozialen Handelns der Glaubenden auch in der thematischen Arbeit ihren Niederschlag.

In den ersten beiden Arbeitsgruppen wird nach der **Rolle des Glaubens** als

der Kraftquelle des Engagements und nach den Zugängen zu diesem Fundament gefragt.

Selbstverständnis der Diakonie

„Wie wir arbeiten werden“ heißt der Titel des neuen Berichts an den „Club of Rome“. Kein anderes Thema beschäftigt die Menschen nach dem Ende des Kalten Krieges mehr als die **Sorge um den Arbeitsplatz**. Diesem Thema und den damit verbundenen Perspektiven will die Arbeitsgruppe „Zukunft der Arbeit“ nachgehen. Seit einigen Jahren mehren sich die Hinweise auf besorgniserregend veränderte gesellschaftliche Situationen. Dies belegen nicht nur neuere Armutsstudien. Dieser Problematik widmet sich der Kirchentag der Diakonie unter dem Arbeitsgruppenthema „Armut im Schatten des Wohlstandes“. Dabei soll auch deutlich werden, wie schnell wir Begriffe verwenden, die zu definieren uns selbst schwerfällt. Eine weltweit agierende Kirche kann nur glaubwürdig sein, wenn sie nicht für die Wertung regionaler Probleme sich jeweils eigene Maßstäbe zurechtlegt. Auch die Auseinandersetzung mit dem **Selbstverständnis der Diakonie** soll unter dem Stichwort „Diakonie im Wettbewerb“ ihren Platz haben. Diakonie muß sich heute allgemeinen Rahmenbedingungen anpassen, ohne sich dabei zu verlieren. Dies wird nicht gelingen, wenn sie sich nicht selbst permanent in ihren Eigen- und Leitbildern anfragt.

Das Thema „Dialog der Generationen“ befaßt sich unter der Fragestellung „Wie gestaltet sich **wechselseitige Verantwortung** neu?“ mit den Problemen, die sich aus den sich verändernden soziologischen Strukturen ergeben. Unter dem Titel „Spannungsfeld Leben“ soll die Frage der Verantwortung von Forschung und Praxis im Umgang mit dem Menschen im Mittelpunkt stehen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die sich mit der Genetik verbindenden Probleme.

Schließlich wird der Horizont unter den Stichworten „Europa ist mehr... Mut zur gemeinsamen Erfahrung“ und „Diakonie in der Einen Welt“ geweitet. Dabei stehen mit der Migration verbundene Themen ebenso auf dem Pro-

gramm, wie die Frage, wie sich die eine Welt/das eine Europa sozialer gestalten lassen kann.

Soziale Probleme der Zeit diskutieren

Diese neun verschiedenen Themen befassen sich mit der Arbeit der Diakonie im allgemeinen und ihrer Rolle im Wettbewerb, im Prozeß der Europäisierung und Globalisierung, stellen Fragen nach der Zukunft der Arbeit, nach Armut in der modernen Gesellschaft und nach dem Zusammenleben der Generationen in diesem Land. Zur produktiven Auseinandersetzung über diese Themen sind die Gäste ebenso eingeladen wie zu den zahlreichen Veranstaltungen auf dem „Kirchentag auf dem Markt“ und den vielen kulturellen und spirituellen Angeboten des Kirchentages.

Der Termin für den Kirchentag ist durch das zu feiernde Jubiläum schon zeitig festgelegt worden. Erst danach wurde entschieden, daß am 27. September d.h. Wahlen zum Deutschen Bundestag sein werden. Das erschwert manche Entscheidung. Natürlich wollen wir die sozialen Probleme unserer Zeit diskutieren. Das soll und wird aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Wertungen geschehen. Andererseits muß ausgeschlossen werden, daß der Kirchentag zu parteipolitischer Selbstdarstellung mißbraucht werden könnte. In diesem Bereich wissen wir uns schon bei der Vorbereitung in einer besonderen Verantwortung.

Diakonie und Kirche nehmen ihre soziale Verantwortung auch dort wahr, wo sie über die aktuellen Gegebenheiten in diesem Land informieren und selbst informiert werden. Meinungen sind zu hören, Erfahrungen mitzuteilen, Fragen zu stellen und Perspektiven zu entwickeln. Zu diesem so notwendigen Austausch sind alle Interessierten sehr herzlich zum Kirchentag der Diakonie nach Wittenberg eingeladen. ■

Anm.:

Prof. Dr. Dr. Böhmer, MdL,
ist Vorsitzender,
Herr Zentner Geschäftsführer
des Vorbereitungsausschusses für
den Kirchentag der Diakonie.

Dorfkirchen in Mecklenburg Landschaftsprägende Denkmäler erhalten

Dr. Mitchell Grell

Abseits der großen Städte finden wir in Mecklenburg eine Vielzahl landschaftsprägender Denkmäler. Es sind die Dorfkirchen und Gutsanlagen. Oftmals stehen sie heute da als letzte Zeichen einer kulturellen Vergangenheit, die sonst auf dem Land kaum noch sichtbar ist. Sie bilden inmitten der schönen mecklenburgischen Landschaft einen unbestrittenen Anziehungspunkt.

Unsere 609 Dorfkirchen in der Mecklenburgischen Landeskirche haben heute einen sehr unterschiedlichen Bauzustand. Wo ein Kirchengebäude sich in einem desolaten Zustand befindet, wird es uns in erhöhtem Maße bewußt, daß Landschaft und Kultur ärmer werden, wenn wir diese Kulturgüter nicht erhalten. Allein zur Notsicherung wären an den mecklenburgischen Kirchen sofort Mittel in Höhe von mindestens 15 Mio. DM erforderlich.

In unserem Kirchenkreis Parchim haben wir 130 Kirchen. Davon zählen wir 116 Dorfkirchen. Davon sind wiederum 36 akut gefährdet. Eine der gefährdetsten Dorfkirchen unseres Kirchenkreises ist die Kirche Herzberg.

Die Dorfkirche Herzberg ist ein Feldsteinbau des 14. Jahrhunderts. Der Ostgiebel wurde mit Backsteinen gemauert und architektonisch kunstvoll gestaltet. Der Turm ist in Fachwerkbauweise auf einem Feldsteinunterbau errichtet. Den Dachabschluß bildet eine offene Laterne aus dem 18. Jahrhundert. Der Dachstuhl des Kirchenschiffes ist einer der historisch wertvollsten unseres Gebietes. Jedes 2. Gebinde ist als Andreas-kreuz ausgebildet. Innen wurde die Kirche mehrmals im Laufe ihrer Geschichte renoviert – das letzte Mal um 1960. Heute befinden sich im Kirchenschiff eine geschnitzte und bemalte Kanzel aus dem 18. Jahrhundert sowie die dazu passende Taufe. Gestühl, Altar und Empore sind ohne Zierde.

Warum ist die Kirche zu Herzberg so gefährdet?

Über 20 Jahre war der Turm ohne eine wetterbeständige Dachhaut. 1992 wurde sie erneuert. Vorher drang Feuchtigkeit ungehindert über Jahre in das Innere des Turmes ein und zerstörte dort die vorhandene Fachwerkkonstruktion. Inzwischen ist das Holz so verrottet, daß eine akute Einsturzgefahr des Glockstuhls und der zwei darunter liegenden Deckenebenen besteht. Das Fachwerk im Außenmauerwerk des Turmes ist ebenfalls im höchsten Grade gefährdet: Schwellen, Rehm, Eckstiele und Riegel sind nicht mehr kraftschlüssig miteinander verbunden. Der Turm ist wegen der hohen Einsturzgefahr gesperrt.

Auch im Kirchenschiff sind stellenweise große Schäden entstanden, die bisher nur teilweise behoben werden konnten. Anfang der sechziger Jahre wurde das Dach über dem Kirchenschiff mit viel zu leichten Bieberschwänzen gedeckt. Diese wurden oft bei stärkeren Stürmen verweht. Das eindringende Regenwasser verursachte Schäden an der Deckenkonstruktion aus Brettern. Auch die Or-

Der EAK-Nordrhein-Westfalen lädt zur öffentl. Landestagung ein:

Samstag, 20.6.98, 11 Uhr
Zoo-Festsäle, Wuppertal-Sonnborn

„Aus christlicher Verantwortung Politik für den Menschen“

mit: Bundesminister Dr. Norbert Blüm
CDU-Generalsekretär Peter Hintze
EAK-Landesvors. Thomas Rachel

Inf. unter: 02 11/1 36 00-44

gel ist durch Regenwasser unwiederbringlich zerstört worden. Obwohl wir in den letzten drei Jahren für Abhilfe gesorgt und das Dach provisorisch repariert haben, müßten das ganze Dach und einige Teile der Decke erneuert werden. An eine neue Orgel ist im Moment gar nicht zu denken!

Die Last der Vergangenheit

Die Kirche ist das älteste und kulturell wertvollste Gebäude in Herzberg. Das Dorf selbst war von Alters her ein Gutsdorf. Neben der Kirche haben vor 1945 das Gutshaus aus dem 19. Jahrhundert, die dazu gehörenden Gärten, Scheunen und Stallungen sowie eine Reihe Tagelöhner- und Handwerkerhäuser das Dorfbild geprägt. Nach 1948 wurde das Gut zu einem volkseigenen Gut erklärt. Wenige Jahre später wurde hier eine landwirtschaftliche Oberschule aufgebaut.

Durch diese Entwicklung bekam das Dorf ein anderes Gesicht – einmal baulich: es wurden viele – für die DDR typische – Plattenbauten errichtet; – aber auch politisch: der Einfluß der SED war in diesem Dorf sehr stark. Die Kirche hatte hier keinen leichten Stand. Nur die wenigen Einheimischen und vereinzelte Flüchtlingsfamilien hielten noch zu ihrem Glauben. Nicht selten ernteten sie deshalb Schikane. Auch heute ist das Dorf in sich sehr zerrissen. Es trägt noch merklich die Last seiner Vergangenheit. Langsam und mühsam entsteht hier wieder kirchliches Leben. Dabei finden die Älteren und die Jüngeren im Dorf am ehesten wieder den Weg zur Kirche. Unter sehr bescheidenen Bedingungen machen wir unsere Arbeit in Herzberg, aber im Blick auf die neu Dazugekommenen tun wir das nicht ohne Optimismus!

Seitdem ich im Frühjahr 1995 verstärkt Gottesdienste und Unterrichtsstunden in Herzberg abhalte, ist die Beteiligung an beiden ständig angestiegen. Vor allem junge Familien interessieren sich zunehmend für die Arbeit der Kirchgemeinde. Als ich vor zwei Jahren mit der Christenlehre in Herzberg begann (nachdem 20 Jahre lang keine Kinderarbeit kirchlicherseits in Herzberg gemacht worden war), kamen anfangs nur

zwei Kinder. Mittlerweile kommen 12 regelmäßig zum Unterricht – noch andere Kinder aus dem Dorf kommen gelegentlich dazu.

Meine Hoffnung ist, daß wir mit der neu sanierten Dorfkirche in Herzberg einen **positiven Identifikationspunkt** für alle Dorfbewohner schaffen können, der ihnen neuen Mut und neue Perspektiven für die Zukunft vermittelt. Ein solcher positiver Identifikationspunkt fehlt diesem Dorf. Die verfallene Kirche im Herzen des Dorfes verstärkt nur die Mutlosigkeit, das Gefühl mangelnder Gemeinschaft und den Hang zur DDR- bzw. SED-Nostalgie unter den Bewoh-

damit, daß wir eines Tages die Kirche dort werden aufgeben, entweihen und der alten Garde zu „weltlichen“ Zwecken (etwa für „weltliche Feierlichkeiten“ wie z.B. für Jugendweihen und weltliche Beerdigungen) übergeben müssen. Es graut mir allein vor der Vorstellung. Und deshalb setze ich mich so sehr für diese besondere Dorfkirche ein.

Aus eigener Kraft kann nun die geschwächte Kirchgemeinde die Sanierungsarbeiten nicht finanzieren, die zur **Rettung ihrer Kirche** dringend nötig sind. Wir sind auf Hilfe von außen angewiesen und bitten auch darum! Es ist unsere Hoffnung, daß das Dorf Herz-



Die Dorfkirche in Herzberg ist stark sanierungsbedürftig.

nern. Die Herzberger Dorfkirche wäre – wenn saniert – ein kleines Kleinod, und ich meine, daß ihre Sanierung zu einer psychologischen Wende in dieser Gegend und damit auch zu einer Stabilisierung der politischen Lage in dieser Gegend beitragen könnte.

Ich selber hänge an jeder der Dorfkirchen, die ich zu betreuen habe. Keine möchte ich aufgeben oder verkaufen. Ich fühle mich der Weihe dieses Gebäudes, dem Erbe der Väter und dem heutigen Zeugnis des Glaubens gerade in diesem Gebiet der ehemaligen DDR verpflichtet. Manch ein Altkommunist rechnet – laut Gerüchten aus Herzberg –

berg durch seine Kirche auch sein Herz wieder zurückgewinnt! Aber dann darf dieses schöne Kirchengebäude nicht zu einer bloßen Ruine verkommen. ■

Das Spendenkonto der ev.-luth. Kirchgemeinde Granzin/Herzberg:
Konto.: 5340756
BLZ: 760 605 61
(Spar- und Kreditbank Schwerin)
Stichwort: „Herzberg“

Anm.:

Dr. Mitchell Grell ist Pastor der zwei evangelischen Kirchgemeinden Benthen/Granzin.

Gebt Zeugnis von eurer Hoffnung



„Der Delphin strahlt überschäumende Freude aus. Er ist ein treuer Kamerad und Helfer in der Not. Er braucht die Gemeinschaft, um seine Fähigkeiten voll entfalten zu können.“

So wie wir Christen: Auch wir wollen Lebensfreude ausstrahlen. Unser Engagement ist gefragt. Aber auch wir brauchen die Rückbindung: an die Gemeinschaft mit anderen Menschen und mit Gott.

Dadurch geben wir Zeugnis von unserer Hoffnung.“ ■

■ Jahrtausendwende: EKD und Gliedkirchen verständigen sich auf gemeinsames Motto

Die vielfältigen Veranstaltungen in den evangelischen Kirchen zur Jahrtausendwende stehen unter dem Motto: „Unsere Zeit in Gottes Händen – 2000 n.Chr./2000 mit Christus.“



Unsere Zeit in Gottes Händen

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Kirchenkonferenz als Vertretung der Gliedkirchen haben sich auf dieses gemeinsame Motto verständigt.

Angesichts der Symbolkraft der Jahreszahl 2000 und den damit verbundenen Ängsten und Hoffnungen unter den Menschen soll die protestantische Gestaltung der Jahrtausendwende deutlich machen, daß alle Zeit unter der Herrschaft Jesu Christi steht. Unsere Zeit wird nicht nur nach Christi Geburt, sondern als Zeit mit dem auf-erstandenen Christus gezählt.

„Wie notwendig der Wechsel von Feiertag und Alltag für den Lebensrhythmus des Einzelnen wie auch für den Pulsschlag der gesamten Gesellschaft ist, soll gerade auf der Schwelle zum neuen Jahrtausend wieder stärker bewußt und für die Menschen erfahrbar werden“, betonte der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Manfred Kock. ■

■ Initiative der Evangelischen Kirche im Rheinland: Arbeitsplatzsiegel für sozial innovative Unternehmen

Ein Arbeitsplatzsiegel will die Evangelische Kirche im Rheinland künftig an Unternehmen verleihen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Damit soll vorbildliches arbeitsmarktpolitisches Engagement ausgezeichnet werden. Erhalten können das Siegel vor allem sozial innovative Unternehmen, die Maßstäbe und Anreize für andere setzen.

Die Entscheidung über die Vergabe des Arbeitsplatzsiegels trifft ein fünfköpfiges Gremium, dem u.a. Manfred Kock, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, der angehören.

Die ersten Auszeichnungen sollen im Spätherbst dieses Jahres verliehen werden. Unternehmen, die das Siegel erhalten, können es öffentlichkeitswirksam auf ihren Produkten oder in der Werbung einsetzen. ■

■ Ökumenischer Kirchentag Osnabrück 1998

Aus Anlaß der 350. Wiederkehr des Friedensschlusses von 1648 nach dem 30jährigen Krieg feiern die Christen in und um Osnabrück einen Ökumenischen Kirchentag vom 3.-5. Juli 1998, den die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen vorbereitet hat. ■

Weitere Informationen:
Ökumenischer Kirchentag
Geschäftsführer Pastor
Otto Linnemann
Domhof 2
49074 Osnabrück
Tel.: 05 41/3 18-3 41
Fax: 05 41/3 18-3 42



Leit- und Vorbilder sind gefragt – Dialog auf breiter Basis führen

„Die höchste Zahl von Arbeitslosen in der deutschen Nachkriegsgeschichte gibt uns zu Recht Anlaß zur Sorge um das **Modell der sozialen Marktwirtschaft** in Deutschland. Die hohe Zahl von Arbeitslosen stellt uns vor eine harte Belastungsprobe der politischen Stabilität unseres demokratischen Rechtsstaates.

Massenarbeitslosigkeit erzeugt soziale und politische Erosion. Sie ist gefährlicher Nährboden für links- und rechtsextreme Demagogen und erzeugt bei vielen Menschen den Ruf nach der „starken Hand“, d.h. nach einem autoritären Regime.

Die deutsche Geschichte hat uns eindringlich gezeigt, daß die Beseitigung von Arbeitslosigkeit durch staatliche Maßnahmen und Programme in direkter Weise in den gesellschaftlichen und politischen Untergang führt. Zuletzt hat uns das Beispiel der Sozialismus in der DDR, in dem es offiziell keine Arbeitslosigkeit gab, deutlich vor Augen geführt, daß dieses System zum totalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch geführt hat.

Unsere Gesellschaft in der Altersgruppe von 20 bis 60 Jahren unterteilt sich heute immer stärker in den Teil der arbeitenden sowie in den Teil der arbeitslosen Bevölkerung. Junge Menschen mit z.T. abgeschlossenen Ausbildungen haben Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden, sind teilweise unter-, teilweise überqualifiziert. Die Unsicherheit der Arbeitenden um

ihren Arbeitsplatz wächst – Mobbing ist angesagt! – Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. Die Unsicherheiten über den eigenen Arbeitsplatz, die täglichen Nachrichten über den Abbau von Arbeitsplätzen in allen Teilen der Wirtschaft schafft Unruhe und Ängste in der Bevölkerung und treibt die Menschen in dubiose Sekten und Glaubensgemeinschaften. Unsere Kirchen bzw. Gemeinden schaffen es nicht mehr, hier sich aktiv der Menschen anzunehmen oder **Konzepte zu entwickeln**.

Wir sehen heute die Folgen eines Denkens vornehmlich in Rechten und Ansprüchen des einzelnen. Dieses Denken ist auch in den christlichen Kirchen präsent. Im sozialen und wirtschaftlichen Handeln findet es seine Ausprägung in einem „Recht auf persönliche Selbstverwirklichung und Gewinnmaximierung“. Es ist die Aufgabe jedweder Verantwortlichen in Kirche, Staat und Gesellschaft, auch die gleichzeitige Verpflichtung zur Leistung, des Anstandes etc. des einzelnen zu verdeutlichen, d.h. **Werte** der Pflicht, des Verzichts, der Verantwortung, des Umgangs für- und miteinander müssen wieder glaubhaft in unserer Gesellschaft **verankert werden**. Wesentliche Quelle solcher Werte ist der christliche Glaube und die durch ihn geprägten ethischen Traditionen in Deutschland. Hierauf gilt es sich wieder zu besinnen bzw. die stattgefundenen Verschiebungen inner-

halb dieser Werteordnung wieder durch Vorleben zu rechtzurücken.

Die Wirtschaft scheint derzeit ihre volkswirtschaftliche und soziale Verantwortung im Zuge globaler Entwicklungen mehr und mehr zu verlassen.

Die Unsicherheit und die Zahl der in größerem Maße an die Armutsgrenze Herankommenden wächst, die sozialen Spannungen in der Gesellschaft nehmen unaufhaltsam zu. Das Recht der Selbstverwirklichung des einzelnen hat seine Grenze erreicht. Zusätzlich belasten emotionell die Arbeitnehmer bei ihren insgesamt wachsenden Unternehmungen Entlassungen in ihren Betrieben bei gleichzeitig größerer Arbeitsanforderung des einzelnen.

Leit- und Vorbilder aus allen Bevölkerungsschichten sind gefragt! Hierzu müssen Kriterien einerseits bezogen auf die Unternehmer, aber andererseits auch auf die Arbeitnehmer formuliert und an ihr Gewissen auf Einhaltung jeweils appelliert werden. Die Düsseldorfer Universität hat in einer Studie Bewertungskriterien für ein Leitbild einer Stadt entwickelt, die eine gute Diskussionsgrundlage gibt.

Neid und Mißgunst, hemdsärmeliges und eigensüchtiges Verhalten, sind nur in den Griff zu bekommen, in dem beispielsweise die hierarchischen Ebenen in Betrieben in ehrlichem Dialog miteinander und dauerhaft kommunizieren, um allgemeine betriebsinterne Entwicklungen langfristig jedem Mitarbeiter

EAK-Diskussionsforum

„Die Zukunft der Gesellschaft – (k)eine alltägliche Aufgabe?!“

Montag, 17. August 1998, 16-20 Uhr
Wissenschaftszentrum, Ahrstr. 45, 53175 Bonn

mit: Bundesminister Jochen Borchert, MdB
und Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

2 Diskussionsrunden: Bildung/Familie

Das Bemühen, den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in Deutschland seitens großer Teile der Wirtschaft zu sichern, ist nicht bzw. nur schwer erkennbar. Schon der Versuch, entsprechende Modelle entwickeln zu wollen, ist nicht zu sehen. Einzig der Kirchentagspräsident hat mit seinem Denkanstoß eines **Gütesiegelverfahrens (s.S. 13)** anläßlich der Abschlußveranstaltung des Kirchentages in Leipzig einen neuen möglicherweise umsetzbaren Impuls gegeben.

deutlich und transparent werden zu lassen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren Vertreter sollten in gemeinsamen Gesprächen überlegen, bei **allseitigem** Verzicht – Gehälter, Gewinne, Kürzung von Arbeitszeit etc. – neue Arbeitsplätze zu schaffen. Als Anreiz hierfür muß ein für jedermann deutliches Gütesiegel-system eingeführt werden.

Aufgrund der immer stärker divergierenden Entwicklun-

Leserbrief

gen in Einzelbereichen der Wirtschaft werden übergreifende Lösungen in einzelnen Tarifbereichen immer schwerer zu erreichen sein, **individuelle Lösungen** müssen gefördert werden.

Der Versuch der Politik, **ehrenamtliches Engagement** in jeder Form anzuerkennen, zu unterstützen und zu stärken und damit größere Kreise in der Bevölkerung zur Übernahme von Aufgaben für Gemeinschaften zu aktivieren, findet (noch) nicht die entsprechende Resonanz und sollte nachhaltig gestärkt werden. Ehrenamtliches Engagement hat sich generell auch verändert, es ist nach wie vor da, jedoch außerordentlich persönlichkeitsbezogen, d.h. mit starkem Eigennutzeffekt.

Die mit der zukünftige Entwicklung verbundenen Herausforderungen können sicher bewältigt werden, wenn sich alle ihnen stellen und gemeinsame Werte und Zielvorstellungen entwickeln. Leitbilder sollten auch personifiziert werden können und sollen in einem **fortwährenden Dialog** die gesellschaftlichen Gruppen einander näherbringen. Der Dialog muß auf breiter Basis, vertrauensvoll und ehrlich geführt werden.

Arbeit ist ein Teil unserer menschlichen Existenz und auch Teil unserer Freiheit und Gerechtigkeit. Die Umsetzung dieser Werte lassen sich nur in der Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft des einzelnen, in seiner Verantwortung für andere, aber auch in der sozialen Verantwortung des Kapitals erreichen.“ ■

Evangelischer Arbeitskreis der CDU des Bezirkes Niederrhein

Betr.: Ausführungen über das Islambild von Dr. Jamal Malik in „Evangelische Verantwortung“ von April 1998

Dr. Malik strebt in seinem Beitrag eine differenziertere Betrachtungsweise des Islam und seines Verhältnisses zu anderen Religionen an. Sicherlich gibt es Unterschiede in der Ausfaltung dieser Weltreligion hinsichtlich ethnischer, sprachlicher und kulturellogeographischer Voraussetzungen, nur kann diese Betrachtungsform nicht die allein relevante für eine Beurteilung sein.

Gehen wir einmal von der Überschrift der Ausführungen „Christen und Muslime sind Nachbarn“ aus, dann muß man auf die Frage der Gestaltung dieser Nachbarschaft stoßen. Der Autor führt selbst an, daß das gegenwärtige Urteil über den Islam seine Grundlage im vorigen Jahrhundert – bedingt durch die Erscheinung des Imperialismus – findet. Es ist ein Universalanspruch des christlich geprägten abendländischen Europas, auf den wir hier treffen. Andererseits finden wir einen gleichgearteten Universalanspruch im Islam wieder, der ebenso historisch und theologisch belegbar ist.

Zwei Weltreligionen stehen sich auf ihrem kulturellen Hintergrund mit ihren Ansprüchen gegenüber. Inzwischen ist Europa – ausgehend von der Aufklärung und durch eine weitgehende Säkularisierung nach manchen Irrwegen – hin zu einer inneren Freiheit des Menschen vorangeschritten. Der Islam bleibt seinem

Ursprung und der prophetischen Gesetzmäßigkeit bis ins Kleinste treu verbunden. Daher darf ein Mensch, falls er in Existenz- und Glaubenszweifel gerät, niemals seine Glaubensgemeinschaft verlassen, da er folgerichtig mit dem Tode bestraft wird.

Es geht hier nicht in erster Linie um den Fundamentalismus, sondern um einen Herrschaftsanspruch. Kulturen sind aggressiv, sie stehen im Konkurrenzkampf miteinander. Muslime zählen sich immer zu einer Form von „Mehrheit“. Haben sie einmal die reale Mehrheit, sind Nicht-Muslime allenfalls Dhimmis, also Schutzbefohlene mit eingeschränkten Rechten. Der Angriff richtet sich nicht so sehr gegen das Christentum selbst, sondern gegen die Ideologie der Säkularisierung, der Verwestlichung. Es ist die Furcht vor einer Loslösung von Gott.

In einem Aufruf der „Muslimischen Jugend“ im vorigen Jahr hat das Jugendmagazin „TNT“ die Devise von Ibrahim El-Zayat „Deutschland ist unser Land“ veröffentlicht.

Ich zitiere: „Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben ... Dieses Land ist unser Land, und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen, um es der islamischen Ummah (Gemeinschaft) und der Menschheit zur Verfügung zu stellen.“

Diese Blickrichtung ist die Konsequenz aus dem Koran,

Sure 33,28: „Allah hat euch zu Erben gesetzt über die Ungläubigen, über ihre Äcker und Häuser, über all ihre Güter und alle Lande, in denen ihr Fuß fassen werdet.“

Gegenwärtig werden Christen und ihre Kirchen in Indonesien, Südsudan, Türkei, Iran, Ägypten usw. verfolgt und mit dem Tode bedroht. In Saudi-Arabien darf nirgends ein christliches Symbol auftreten, wehe dem, der ein Kreuz an einer Halskette trägt.

Wenn es hier nicht im Austausch der Kulturen wie in der Politik zu einem gegenseitigen Nehmen und Geben kommt, ist der kulturelle Nord-Süd-Konflikt, wie die Arche in Zürich es schon vor rd. 40 Jahren vorausgesehen hat, unausweichlich. Dann wird ein Verdrängungsprozeß stattfinden. Ein Muslim-Führer spricht schon vom Aufbau einer „Parallelgesellschaft“ anstelle einer Integration. ■

*Klaus Bigalke
Birkenhöhe 31c
42113 Wuppertal*

Der EAK der CDU/CSU lädt ein:

Am 29. Juni 1998, um 19 Uhr, findet das **36. Bonner Theologische Gespräch** statt mit:

Prof. Dr. Dr. habil **Walther Ch. Zimmerli**, Marburg:

Das 'unheilige' Leben?

Ethische Überlegungen aus Anlaß des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin

Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

■ Neuwahlen beim EAK-Kleve

Kleve. Bei den Neuwahlen wurden **Dirk Züter** als Kreisvorsitzender, **Eva Marlies Kötz** und **Friedhelm Mühlenhoff** als Stellvertreter gewählt. Beisitzer wurden: **Hans-E. Blomblat**, **Edith Graef**, **Peter Hohl** und **Horst Jeromin**. Zum Ehrenvorsitzenden wurde Pfarrer i.R. **Ernst-Otto Schumann** gewählt. ■

■ Wie sieht die Gesellschaft der Zukunft aus?

Koblenz. Der EAK-Landesverband Rheinland-Pfalz hatte zu seiner ersten Versammlung nach seiner Wiederbelebung im vorigen Jahr eingeladen. Für das Thema hatte CDU-Landeschef **Christoph Böhr** gesorgt – mit seinem vor Jahren geprägten Begriff der „Verantwortungsgesellschaft“.

„Der Staat läßt den Menschen zu wenig Raum für selbständige Entscheidungen. Er fördert eine Vollkaskomentalität. Er überfordert die Menschen mit Steuern und Abgaben und verleitet zum Mißbrauch öffentlicher Leistungen“. Wer deshalb Sozialleistungen einfach streichen will, mache es sich zu leicht. „Wir müssen dafür sorgen, daß Sozialhilfeempfänger ihre Selbstachtung wiedergewinnen und soweit wie irgend möglich auf dem ersten Arbeitsmarkt unterkommen, auch wenn das zunächst teurer wird als die bisherige Sozialhilfe,“ so die überraschende Folgerung Böhrs.

Verantwortungsgesellschaft ist das Gegenteil von Sozial-

abbau – das zeigte auch EAK-Landesvorsitzender **Wolfgang Reeder** beim Übergang zum zweiten Teil der Tagung. Er stellte sieben Bürger vor, die beispielhaft soziale Verantwortung praktizieren. ■

■ Diskussion über Jugendweihe

Schwarzenberg. Der EAK-Kreisverband Aue-Schwarzenberg diskutierte über die Jugendweihe. EAK-Kreisvorsitzender **Hans Beck** konnte im Gemeindesaal der erzgebirgischen Sankt-Georgen-Gemeinde 35 Teilnehmer begrüßen. **Alexander Krauß**, Kreisvorsitzender der Jungen Union, referierte über die Geschichte der Jugendweihe. Mit der Jugendweihe war es dem SED-Staat gelungen, die volkshkirchliche Struktur der evangelischen Kirche zu zerstören. „Heute ist die Feier ein sinnentleertes Ritual“, sagte Krauß. Pfarrer **Frank Meinel** stellte klar, daß wir als Christen nicht gegen etwas seien, sondern für etwas – nämlich für die Konfirmation. ■

■ „Das geistige Vakuum in der Gesellschaft“

Berlin. An die 500 Gäste nahmen im Berliner Dom an der Vortrags- und Podiumsveranstaltung des EAK Berlin-Brandenburg und der Evangelischen Sammlung teil.

Zunächst sprach Prof. Dr. Dr. **Günter Rohmoser** zum Thema: „Das geistige Vakuum in der Gesellschaft – Herausforderung für die Christen“.

Er setzte einen Schwerpunkt auf den Begriff der (geistigen) Freiheit, wie sie für eine liberale und demokratische Gesellschaft unverzichtbar ist, die aber in der heutigen Wirklichkeit unseres Landes in mancherlei Form durch eine Quasi-Tabuisierung bestimmter Themenbereiche empfindlich bedroht ist. Geistige Fähigkeiten wie Innovation und Kreativität seien in Deutschland weitgehend abhanden gekommen.

Rohmoser plädierte für eine Wiederbelebung des Christentums, um den geistig-moralischen Verfall zu stoppen. Gerade Christen müßten ein großes Interesse am Erhalt der Meinungsvielfalt und Demokratie haben, da es ohne bürgerliche Freiheiten auch keine Freiheit zur Verkündigung des christlichen Glaubens gebe.

Beim anschließenden Podium diskutierten unter der Leitung von **Günter Nooke** zum Thema: „Geistige Werte und ihre Vermittlung in Elternhaus und Schule“ **Dr. Horst Mahler**, Senator **Peter Radunski** und Generalsuperintendent **Dr. Rolf Wischnath**. ■

■ Reformlust gegen Reformfrust?

Frankfurt. Das Gefühl einer Handlungsunfähigkeit der Politik, die nicht überzeugenden Konzepte zum Abbau der Arbeitslosigkeit und auch ein „tiefer Frust“ über die ausgebliebene Steuerreform kennzeichnen nach Ansicht des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten **Peter Steinacker** das Bewußtsein vieler Menschen in Deutschland.

Bei der Dritten Frankfurter Disputation des Evangeli-

schen Arbeitskreises der CDU Hessen zur Frage „Reformlust gegen Reformfrust?“ forderte Steinacker „Mut zu mehr Wahrhaftigkeit“ in der Politik und einen Vorrang der Politik vor der Wirtschaft. Dadurch könnten viele Ängste vor Veränderungen aufgelöst werden.

Widerspruch erntete der Kirchenpräsident von seinem Mitdisputanten, dem Vorsitzenden der hessischen CDU, **Roland Koch**. Der Vorrang der Politik vor der Ökonomie sei eine ideologische „Schimäre“. Politik und Ökonomie seien nicht voneinander zu trennen. Mit einem Wohlfahrtsstaatsprojekt würde Deutschland in wenigen Monaten im ökonomischen Desaster landen, so der CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag. ■

■ „Christliche Politik im 21. Jh.“

Wetterau. Die Frauen Union (FU) der CDU Wetterau lud kürzlich **Tobias Utter**, Mitglied im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises, zum Thema „Christliche Politik im 21. Jahrhundert“ ein.

Utter machte drei Bereiche aus, in denen sich die Politik der nächsten Jahre bewähren müsse: Weltwirtschaft und Arbeit, Umweltpolitik sowie Friedenssicherung.

In seinem Vortrag ließ Utter keinen Zweifel daran aufkommen, daß „die soziale und ökologische Marktwirtschaft“ sich langfristig als überlegen erweise. Eine reine Marktwirtschaft produziere langfristig soziale Konflikte

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-3 05/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**

Kirche mit Hoffnung

Die ostdeutschen Kirchen stehen vermutlich an einer Epochenwende ihrer Arbeit. Nach dem jahrzehntelangen Mitgliederverlust ist Konfessionslosigkeit ein Massenphänomen. Weite Teile der Bevölkerung haben zur Kirche kein Verhältnis mehr. Dazu kommt der Vertrauensverlust der gesellschaftlichen Institutionen, dessen Folgen auch die Kirche zu tragen hat.

Trotz Entfremdung und Enttäuschung gibt es dennoch auch in Ostdeutschland nach wie vor nicht geringe **Erwartungen an die Kirche**, daß sie zur Bewältigung der vielfältigen Konflikte in der Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag zu leisten hat.

Die drastischen Sparmaßnahmen in den Kirchen stehen solchen Erwartungen vielfach entgegen. Infolge des Mitgliederschwundes und stark gesunkener Einnahmen sind sie jedoch unvermeidlich. Ebenso unausweichlich werden jedoch auch weitreichende strukturelle Veränderungen kirchlicher Arbeit.

„**Leitlinien künftiger kirchlicher Arbeit**“ wollen dazu beitragen, daß die Kirche sich unter den gewandelten Bedingungen der Anforderungen an ihre Arbeit neu bewußt wird. Damit nötige Veränderungen nicht in der begrenzten Perspektive kurzfristiger und vordergründiger Entscheidungen stecken bleiben, bedarf es dazu immer wieder auch einer theologischen Vergewisserung des Auftrags der Kirche.

Voraussetzung ihres Dienstes ist die Gewißheit, daß der lebendige Herr niemals aufhören wird, seine Gemeinde zu sammeln. Sie ist zum Zeugnis von Jesus Christus in die Welt gesandt. Darum ist die Kirche **Zeugnisgemeinschaft**. Sie hat den Menschen mit dem Wort wie mit der Tat zu dienen. Insofern ist sie Dienstgemeinschaft. In der Vielfalt der verkündigenden und diakonischen Dienste ist die Kirche Kommunikationsgemeinschaft, in der alle aufeinander angewiesen sind. Der tragende Grund dieser Gemeinschaft ist jedoch die Gemeinschaft im Gottesdienst und im Gebet.

Kirche ist ohne Mission nicht denkbar. Sie ist dazu da, daß Menschen glauben können. Die Kirche hat die Gottesfrage wachzuhalten. Dieser Aufgabe wegen ist sie unverzichtbar. In der Begegnung mit Distanzierten und Konfessionslosen treffen Christen auf andere Lebenserfahrungen und andere Lebensentwürfe.

Indem sie sie achten und sich auf ihre Fragen und Sehnsüchte einlassen, können sie dem Evangelium den Weg bereiten. Mission in Ostdeutschland ist vorrangig Beziehungsarbeit. Persönliche Begegnungen sind dafür unerlässlich.

Dazu wird eine **offene, einladende und gewinnende Kirche** gebraucht. Wie nötig sie auch für Christen selber ist, zeigt sich an ihrer Sprachlosigkeit, wenn sie über ihren Glauben Auskunft geben sollen. Um das Kommunikationsghetto und die kirchliche Binnenorientierung zu überwinden, ist ein **Perspektivwechsel** nötig, durch den die Gemeinden einen Blick dafür bekommen, wie sie von außen wahrgenommen werden.

aus: Leitlinien künftiger kirchlicher Arbeit in Ostdeutschland, herausgegeben von Helmut Zeddies im Auftrag des Kirchenamtes der EKD.

Unsere Autoren:

Bundesminister
Jochen Borchert
Rochusstr. 1
53123 Bonn

Dr. Wilhelm Hüffmeier
Jebensstr. 3
10623 Berlin

Dr. Reinhard Witschke
Lenastr. 41
40470 Düsseldorf

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Melanchthonstr. 2
06886 Lutherstadt Wittenberg

Dr. Mitchell Grell
Kastanienallee 7
19386 Benthien